

106129-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Erweiterung Kita St. Thekla, Tragwerksplanungsleistungen gem. § 49 ff HOAI
OJ S 36/2024 20/02/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: VGem Welden

E-Mail: vgv@meixner-partner.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung Kita St. Thekla, Tragwerksplanungsleistungen gem. § 49 ff HOAI

Beschreibung: Tragwerksplanung gem. §49 ff HOAI, LPH 1-6, offenes einstufiges Verfahren

Kennung des Verfahrens: 7ef4f44b-5bdd-4aad-936c-a0e50b779967

Interne Kennung: 287104

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Marktgemeinde Welden plant die Kita St. Thekla in der Auffenbergstr. 7, 86465 Welden, mit einem Erweiterungsbau zu vergrößern und eine räumliche Trennung von Kindergarten und Kinderkrippe zu realisieren.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Auffenbergstraße 7

Stadt: Welden

Postleitzahl: 86465

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Eignungsnachweise und Angebote dürfen ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform eingereicht werden.

Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Rückfragen jedoch sind über Bietermitteilungen unverschlüsselt über die Vergabeplattform möglich. Einzureichen sind: - Eignungsnachweis

inkl. aller Anlagen/Nachweise - Formblatt zum Honorarangebot - Unterschriebener Vertrag - Fachliches Angebot (Ausarbeitung anhand der Zuschlagskriterien, max. 15 DIN A4 Seiten) a)

Die ausgefüllten Eignungsnachweise und auch die Angebote sind unter Angabe des Vor- und

Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bieters / der Bietergemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabepattform einzureichen. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Eignungsnachweise werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). b) Während der Angebots-/Teilnahmephase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bieterfragen/ -mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebots-/Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabepattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebots-/Teilnahmefrist veröffentlicht. c) Teilnahmeunterlagen (Angebote mit Eignungsnachweis) können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreibers, dem die Teilnahmeunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden. d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, dem Eignungsnachweis beizulegen. e) Informationspflicht des Bieters: Die Teilnehmer/die Bieter verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebots- und Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabepattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bieter ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebots- und Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabepattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Eignungsnachweis und das Angebot auswirken, gelten folgende Regelungen: Sind der Eignungsnachweis und das Angebot bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Angebots- und Teilnahmefrist über die Vergabepattform mitzuteilen, sofern: — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für ungültig erklärt und kein neuer Eignungsnachweis und kein neues Angebot abgegeben werden, — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für ungültig erklärt und ein neuer Eignungsnachweis und ein neues Angebot abgegeben werden. Der neue Eignungsnachweis und das neue Angebot müssen vor Ende der Angebots- und der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden sollen. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete, Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Angebots- und Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechterhalten werden sollen. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Eignungsnachweis und ein bereits eingereichtes Angebot, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden müssen. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechterhalten werden.

Rechtsgrundlage:

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: a) Erklärung des Bieters über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; d) Erklärung des Bieters, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; e) Ist der Bieter eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßigem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bieters gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; f) Will sich der Bieter bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bieter muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; g) Der Bieter muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; h) Erklärung des Bieters über die Bildung von Bietergemeinschaften. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihren Eignungsnachweis eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bietergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbeteiligungen sind auch Teilnahmen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bieterbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; i) Erklärung Bezug Russland; j) Erklärung Masernschutzgesetz

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Tragwerksplanungsleistungen gem. § 49 ff HOAI 2021, LPH 1-6, Erweiterung Kita St. Thekla

Beschreibung: Gegenstand des Auftrags sind Tragwerksplanungsleistungen gem. § 49 ff HOAI 2021, LPH 1-6, bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt werden. Die Marktgemeinde Welden plant, die aus 2 erdgeschossigen Bestandsbauten bestehende Kita St. Thekla auf Flurstück 1230 u. 7 (2224m² u. 1222m²) mit einem 2-geschossigen Erweiterungsbau auf dem Nachbargrundstück FINr. 1231 zu vergrößern von derzeit 4 Kindergärten und 2 Kinderkrippengruppen auf dann 7-8 Kindergartengruppen und 3 Krippengruppen. Ziel ist es, die aktuell im benachbarten Franziskushaus ausgelagerten 3 Kindergartengruppen, sowie 1 zusätzl. Krippengruppe und evtl. 1 zusätzl. Kiga-Gruppe im erweiterten Komplex zusammenzuführen. Der Auftraggeber legt insbeson. Wert auf eine funktionelle und kostenbewusste Bauweise, aber auch auf ein

ansprechendes äußeres Design. Der Erweiterungsbau soll als 2-geschossiger Kindergarten mit 4-5 Gruppen auf dem südwestlichen Grundstück FINr. 1231 (Hanglage) mit einer Grundstücksfläche von 1189 m² konzipiert werden mit Verbindungstrakt zum erdgeschossigen Bestandsbau. Hierfür wurde bereits eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Varianten durchgeführt, um die grundsätzliche Umsetzbarkeit auf dem Grundstück zu prüfen. Eine endgültige Festlegung auf eine konkrete Variante erfolgte nicht. Der Auftraggeber ist hier noch offen, ebenso bei der Materialität des Erweiterungsbaus. Im Erweiterungsbau soll neben den 4-5 Gruppen-, Funktions- u. Nebenräumen, für die Kiga-Kinder auch ein neuer Essbereich, Lager usw. entstehen. Die Küche für den Kiga-Bereich soll im Erweiterungsneubau oder im nordwestlichen Bestandsbau, der weiterhin für eine Kindergartennutzung vorgesehen ist, untergebracht werden. Der im Erweiterungsbau zu errichtende Bewegungsraum kann gemeinschaftlich genutzt werden. Im nordwestlichen Bestandsbau aus dem Jahr 1978, der derzeit und zukünftig 3 Kiga-Gruppen beherbergt, sind kleinere Umbaumaßnahmen, insbesondere bzgl. des Verbindungstraktes zum Erweiterungsneubau, angedacht. Der Verbindungstrakt muss eine Durchfahrt zum Innenhof der Kita ermöglichen. Anschließend ist der Umbau des 2010 errichteten nordöstlichen Bestandsbaus zur reinen Kinderkrippe alters- u. bedarfsgerecht und mit eigener Küche vorgesehen. Dies beinhaltet u.a. auch den Umbau der Sanitärräume, Fensterhöhen, Gruppenraumgröße o.ä.. Eine Verlagerung des Raums der Kita-Leitung in den Erweiterungsneubau ist denkbar. Die hier derzeit noch untergebrachte 1 Kiga-Gruppe soll in den Erweiterungsneubau umziehen und Platz für die zusätzl. Krippengruppe schaffen. Außerdem, sollen auch die 3 extern im nahegelegenen Franziskushaus untergebrachten 3 Kiga-Gruppen in den Erweiterungsneubau einziehen. Alle Maßnahmen finden im laufenden Kita-Betrieb statt. Ein Nutzungsvertrag zur Mitbenutzung des nordwestl. Spielplatzes der Kirchengemeinde soll geschlossen werden, die Flächen werden den Freiflächen der Kita zugerechnet, um die Flächenvorgaben einzuhalten. Stellplätze sind ausreichend vorhanden. Bei diesem Projekt werden Förderungen beantragt. Bei der Fördermittelbeschaffung soll mitgewirkt werden. Die vorhandenen Unterlagen werden den Bietern bestmöglich zur Verfügung gestellt. Zeitlicher Ablauf: Die Angebotswertung findet voraussichtlich Mitte April 2024 statt. Die Auftragsvergabe ist für Ende April / Anfang Mai vorgesehen. Der Projektstart ist direkt im Anschluss. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme soll zum 01.09.2026, der Projektabschluss (einschließl. Mängelbeseitigung u. Rechnungslauf) zum 31.12.2026 erfolgen. Hinweis: Die Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.

Interne Kennung: TWP

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71327000

Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Auffenbergstraße 7

Stadt: Welden

Postleitzahl: 86465

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/05/2024

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Stufe 1: LPH 1-2, gem. § 51 f HOAI 2021 Stufe 2: LPH 3-4, gem. § 51 f HOAI 2021 Stufe 3: LPH 5-6, gem. § 51 f HOAI 2021 Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 220.000 EUR brutto im Leistungsbild Tragwerksplanung; b) Erklärung des Bieters zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: Eigenerklärung im Eignungsnachweis über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 2.000.000 EUR für Personenschäden und über 2.000.000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss muss vor Auftragserteilung auf Aufforderung eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien (Mindestanforderungen):

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft (BIEGE) über die Anzahl der technisch festangestellten Vollzeit-Mitarbeiter (bei 40 h / Woche) (VZ-MA) und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2021, 2022, 2023) gem. §46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 2 technischen festangestellten VZ-MA (bei 40 h / Woche) inkl. Geschäftsführung (GF) im Leistungsbild Tragwerksplanung. Freie MA sind wie Unterauftragnehmer (UA) im Eignungsnachweis aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ gem. §47 Abs. 1 VgV im Eignungsnachweis unter Anlage 1 ist von den freien MA auszufüllen. b) Angabe der Fachkräfte gem. §46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bieters über die Berufsqualifikation eines GF oder einer FK gem. §75 VgV: Der Bewerber erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn in der GF bzw. unter den FK mind. 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Ingenieur der Fachrichtung Bauingenieurwesen“ o. vgl. gem. §75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bieters. (Sitz des Bieters.) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Eintragung in die Ingenieurkammer und Abschlussurkunde/ -zeugnis mit Angabe der Fachrichtung und Abschlussdatum. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Ingenieur der Fachrichtung Bauingenieurwesen“ o. vgl. nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU – Berufsanerkennungsrichtlinie – gewährleistet ist. c) Die Berufserfahrung des GF oder der FK [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter b) Berufsqualifikation] im Leistungsbild Tragwerksplanung ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung ist 5 Jahre Berufserfahrung für den GF oder die FK im Leistungsbild Tragwerksplanung.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien (Referenzbewertung):

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe von 1 Referenz (Ref 1: LPH 2-6) gem. § 75 Abs. 5 VgV. Folgende Mindestanforderungen gelten beim Referenzprojekt: Folgende Mindestanforderungen gelten beim Referenzprojekt (=Eignungskriterien): Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.01.2019 – 31.01.2024 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 6 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. - Bauvolumen brutto von mindestens 2,5 Mio. € (KG 300 + 400) - Bei dem Referenzprojekt wurden die Leistungsphasen 2-6 dem Bieter beauftragt bzw. von ihm vollständig erbracht. - Vergleichbarkeit der Komplexität: Das Referenzprojekt wurde mindestens der Honorarzone III zugeordnet. - Gegenstand des Referenzprojektes war ein Neubau/Erweiterung/Anbau an ein Bestandsgebäude im Bereich Hochbau. - Beim Referenzprojekt wurde als Besondere Leistung die ingenieurtechnische Kontrolle (Bewehrungsabnahme) gem. Anlage 14 HOAI LPH 8 beauftragt und vollständig selbst erbracht. - Eine Referenzdarstellung ist beigelegt. Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform. Die Nichteinhaltung der Eignungskriterien führt zum Ausschluss. Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten AG über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bieter, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber

erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Hinweise zu Eignungskriterien:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Objektive Kriterien für den Eignungsnachweis der Bieter: - wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, - technische und berufliche Leistungsfähigkeit. - oben unter "Sonstiges" genannte Kriterien zur Referenzbewertung. Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien". Alle Eignungskriterien sind Mindestanforderungen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien)

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Darlegung der Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien)

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFFormsBekVuUrl?z_param=287104

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Bieter müssen Ihre Bereitschaft erklären, dass in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben.

Entsprechend des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) darf (z.B. in Gemeinschaftseinrichtungen, Medizinischen Einrichtungen) nur Personal mit Impfschutz, Immunität oder medizinischer Kontraindikation eingesetzt werden. Bewerber müssen bereit sein, im Auftragsfall beide Erklärungen zu unterzeichnen.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFFormsBekVuUrl?z_param=287104

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 18/03/2024 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 90 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. §56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

Beschaffungsdienstleister: Meixner+Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: VGem Welden

Registrierungsnummer: DE127507953

Postanschrift: Marktplatz 1

Stadt: Welden

Postleitzahl: 86465

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Verfahrensbetreuung: Meixner + Partner GmbH, Gögginger Straße 93, 86199 Augsburg

E-Mail: vgv@meixner-partner.de

Telefon: +49 8215010522

Fax: +49 8215010510

Internetadresse: <https://www.vg-welden.de>

Profil des Erwerbers: <https://staatsanzeiger-eservices.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: DE 811335517

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Meixner+Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH

Registrierungsnummer: DE 226852359

Postanschrift: Gögginger Straße 93

Stadt: Augsburg

Postleitzahl: 86199

Land: Deutschland

E-Mail: vgv@meixner-partner.de

Telefon: +49 82150105120

Fax: +49 8921762847

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1affcf4-1478-4cb3-8feb-b35c252b621e - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/02/2024 16:31:02 (UTC+01:00)
Mittleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 106129-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 36/2024
Datum der Veröffentlichung: 20/02/2024